



Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin | © Philipp Arnoldt, IHK Berlin

Energiepreise gefährden Berlins Wettbewerbsfähigkeit

20. August 2026

Hohe Energiepreise wirken inzwischen unmittelbar auf die wirtschaftliche Substanz vieler Betriebe. Das zeigt das [IHK-Energiewendebarmeter 2026](#). Demnach bewerten 38 Prozent der Unternehmen die Auswirkungen der Energiekosten auf ihre Wettbewerbsfähigkeit negativ oder sehr negativ. Gleichzeitig stellen 34 Prozent Investitionen in ihre Kernprozesse zurück, 26 Prozent verschieben Klimaschutzmaßnahmen und 20 Prozent reduzieren ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Damit werden nicht nur Transformationsprojekte gebremst, sondern auch die künftige Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Mehr als jedes fünfte Unternehmen erwägt, die Produktion ins Ausland zu verlagern bzw. im Inland zu reduzieren, oder setzt dies bereits um.

Nach der leichten Erholung im Vorjahr bewerten Berliner Unternehmen 2026 die Energiewende damit wieder deutlich kritischer. Die Unternehmen stellen die Transformation nicht grundsätzlich infrage, fordern aber verlässliche Rahmenbedingungen, eine leistungsfähige Infrastruktur und Entlastungen beim Strompreis.

Als größte Transformationshindernisse nennen die Unternehmen zu viel Bürokratie (57,6 Prozent), eine fehlende Planbarkeit der Energiepolitik (57,3 Prozent) sowie langsame Verfahren und unzureichende Infrastruktur (43,6 Prozent). Die Wirtschaft versucht mit verschiedenen Maßnahmen, die hohen Energiekosten abzufedern. Von den über 200 Berliner Unternehmen, die sich im Juni 2026 an der repräsentativen Umfrage beteiligten, sichern sich 37 Prozent stärker gegen Stromausfälle ab, 29 Prozent setzen auf langfristige Lieferverträge. Außerdem steigern sie ihre Energieeffizienz (57 Prozent), planen in der Wärmeversorgung den Wechsel auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger, beispielsweise Wärmepumpen (61 Prozent) und erschließen neue Geschäftsfelder (43 Prozent).

Die Unternehmen formulieren klare politische Prioritäten. 72 Prozent befürworten ein stärkeres finanzielles Engagement des Staates beim Aufbau zukunftsorientierter Infrastruktur. 71 Prozent fordern zudem einen verlässlichen und beschleunigten Ausbau der Energieinfrastruktur, um Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung zu sichern. 69 Prozent fordern niedrigere Steuern und Abgaben auf den Strompreis.

[Manja Schreiner](#), Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin: „Die hohen Energiekosten gefährden die Energiewende, und zwar nicht nur in Berlin, sondern bundesweit. Hier muss die Politik dringend gegensteuern. Wenn Unternehmen Investitionen zurückstellen oder ihre Produktion ins Ausland verlagern, ist das ein klares Warnsignal für den Wirtschaftsstandort Berlin. Die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft wird nur gelingen, wenn Kosten und Bürokratie-Belastungen sinken.“ (red)